
**DACHVERBAND SCHWEIZERISCHER MÜLLER (DSM)
FEDERATION DES MEUNIERIS SUISSES (FMS)
FEDERAZIONE MUGNAI SVIZZERI (FMS)**

JAHRESBERICHT 2008 / 2009

1. Juli 2008 – 30. Juni 2009

13. Geschäftsjahr

GESCHÄFTSBERICHT

INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
I. Externes	3
A. Schweiz	3
1. Getreideanbau	3
2. Wirtschaftspolitik / Landwirtschaftspolitik	4
2.1. Agrarpolitik 2011	4
2.1.1 Flexibilisierung des Grenzschutzsystems für Brotgetreide und Mehl	5
2.1.2 Weitere Geschäfte	6
2.2. WTO	7
2.3. Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union im Agrar- und Lebensmittelbereich	8
2.3.1. Ausgangslage	8
2.3.2. Arbeitsgruppe Begleitmassnahmen	9
2.3.3. Vorlage zur Schaffung einer Bilanzreserve	10
B. Weltmarkt	11
1. Allgemein	11
2. Europa	11
II. Internes	13
1. Tätigkeiten des Sekretariates	13
a) Arbeiten in den Kommissionen	13
b) Zusammenarbeit mit dem SBKV / SKCV	16
c) Zusammenarbeit mit swiss granum	16
d) SBI	16
e) KSGGV	17
f) réservesuisse	17
g) GAM / AIM	18
2. Mitgliederbestand	19
3. Mitgliederbeitrag	19
4. Delegiertenversammlung	19
5. Vorstand	20
6. Revisorat	20
7. Sekretariat	20
8. Interne Kommissionen per 30. Juni 2009	21
9. Vertreter des DSM in Kommissionen des Bundes, in privat- und öffentlich-rechtlichen Organisationen und anderen Organen	21
10. Mitgliedschaft des DSM bei anderen Organisationen	24
11. Mitgliederverzeichnis des Dachverbandes Schweizerischer Müller per 30. Juni 2009	24

I. EXTERNES

A. Schweiz

1. Getreideanbau

Nachdem in den Jahren 2005 bis 2007 die Produktionsfläche für den Anbau von Brotgetreide jeweils rückläufig war, konnte im Jahr 2008 erstmals eine Trendwende verzeichnet werden. Dabei stieg die Produktionsfläche Brotgetreide von 78'926 ha im Jahr 2007 auf 81'773 ha im Jahr 2008 an. In einer ähnlichen Grössenordnung beläuft sich der erneute Anstieg der Produktionsfläche Brotgetreide im Jahr 2009. Mit 84'190 ha Anbaufläche Brotgetreide liegt das Jahr 2009 zwar über dem Wert von 2006 (81'810 ha), aber nach wie vor deutlich unter der Produktionsfläche aus dem Jahr 2005 (88'039 ha).

Demgegenüber musste im Bereich Futtergetreide ein erneut markanter Rückgang der Produktionsfläche festgestellt werden. Mit Ausnahme des Jahres 2006 hält dieser rückläufige Trend bereits seit 2005 an. Nachdem der Rückgang der Produktionsfläche vom Jahr 2007 mit 78'647 ha auf das Jahr 2008 mit 75'095 ha noch vergleichsweise moderat ausfiel, muss mit einer Reduktion von nahezu 6'000 ha auf geschätzte 69'270 ha für das Jahr 2009 von einer massiven Rückwärtsbewegung bei der Produktionsfläche Futtergetreide gesprochen werden.

Von 2003 bis 2005 konnte bei der Totalanbaufläche Getreide ein kontinuierlicher Anstieg verzeichnet werden. Die Gesamtanbaufläche Getreide lag im Jahr 2005 bei 167'689 ha. Ab 2006 ist jedoch auch hier ein steter Rückgang der Produktionsfläche Getreide zu beobachten. Ausgehend von 164'429 ha im Jahr 2006 und geschätzten 153'460 ha im Jahr 2009 muss der Rückgang von rund 11'000 ha in vier Jahren als beträchtlich eingestuft werden. Interessant ist dabei zu beobachten, dass sich die Entwicklungen bei der Produktionsfläche Brotgetreide und Futtergetreide divergierend verhalten. Im Jahr 2007 lagen die Produktionsflächen Brotgetreide und Futtergetreide ungefähr gleich hoch. Ab diesem Zeitpunkt ist jedoch beim Brotgetreide ein Anstieg um rund 5'000 ha und beim Futtergetreide demgegenüber eine Reduktion um rund 8'000 ha festzustellen.

Mit geschätzten rund 433'000 t backfähigem Weizen kann die Weizenernte 2009 als mengenmässig gute Ernte bezeichnet werden. Damit kann gegenüber der bereits mengenmässig durchaus ansehnlichen Ernte 2008 eine weitere namhafte Steigerung der Erntemenge für das Jahr 2009 verzeichnet werden. Was die Qualität der Weizenernte 2009 betrifft, ist von einer eher durchzogenen Bilanz zu sprechen. Erste durchgeführte Tests haben dabei zu folgenden Resultaten geführt: Die Hektolitergewichte liegen mit durchschnittlichen Werten zwischen 80 und 83 kg pro Hektoliter auf der Höhe der letztjährigen Werte. In gewissen Fällen mussten aber auch Hektolitergewichte festgestellt werden, die 1 – 2 kg pro Hektoliter unter den Vorjahreswerten liegen. Auch die Ergebnisse des Zeleny-Tests sind insgesamt tiefer als im Vorjahr. Je nach Sorte müssen dabei sogar starke Abweichungen der durch-

schnittlichen Werte registriert werden. Die tieferen Zeleny-Werte sind als Anzeichen für eine schwächere Glutenqualität der diesjährigen Ernte zu verstehen. Keine Ausnahmen bilden diesbezüglich die Fallzahlen, die ihrerseits leicht unter dem Vorjahresniveau (-5 bis -50 Sekunden), aber höher als im Jahr 2007 zu stehen kommen. Nicht zuletzt haben auch die Tests zu den Eiweissgehalten zu keinen zufriedenstellenden Ergebnissen geführt. Die Proteingehalte liegen dabei zum Teil sogar deutlich unter den jeweiligen Vorjahreswerten.

2. Wirtschaftspolitik / Landwirtschaftspolitik

Während des vergangenen Verbandsjahres wurden die letzten noch ausstehenden Ausführungsbestimmungen zu den Beschlüssen des Parlamentes zur Agrarpolitik 2011 verabschiedet und in Kraft gesetzt. Im Rahmen dieser innenpolitischen Agenda war für den Verband die Flexibilisierung des Grenzschutzsystems für Brotgetreide und Mehl und die damit verbundenen Auswirkungen auf den inländischen Getreidemarkt von höchster Priorität. Ausenpolitisch stand demgegenüber die Thematik eines allfälligen Freihandelsabkommens mit der Europäischen Union im Agrar- und Lebensmittelbereich im Vordergrund der letztjährigen Verbandstätigkeit. Nicht zu vergessen gilt es dabei die Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde der WTO, deren Fortführung jedoch aufgrund von wichtigen politischen Wahlen und anstehenden Machtwechseln ins Stocken geriet.

2.1. Agrarpolitik 2011

Nachdem der Bundesrat im Juni 2008 das zweite Verordnungspaket zur Umsetzung der Agrarpolitik 2011 verabschiedet hatte, traten per 1. Januar 2009 die verbleibenden Ausführungsbestimmungen zu den Beschlüssen der Eidgenössischen Räte in Kraft. Die ebenfalls im Rahmen der Agrarpolitik 2011 beschlossene Senkung des Referenzpreises für den Import von Getreide zur menschlichen Ernährung um CHF 4.--/100 kg wurde auf den 1. Juli 2009 in Kraft gesetzt. In zwei Verordnungspaketen wurden damit Änderungen in über 40 Verordnungen vorgenommen. Damit ist die Umsetzung der Beschlüsse zur Agrarpolitik 2011 mittels der Ausführungsbestimmungen soweit abgeschlossen.

Im Rahmen der Agrarpolitik 2011 wurden vom Bundesrat auch die Beschlüsse zur Flexibilisierung des Grenzschutzsystems für Brotgetreide und Mehl gefällt. Diese Thematik wird untenstehend in einem spezifischen Kapitel eingehend behandelt.

Von verschiedener Seite wurde der Anpassungsrhythmus von vier Jahren für die Agrarpolitik wiederholt in Frage gestellt. Die Überlegung, ob ein etwas längerer Zeitraum zwischen den einzelnen Reformschritten einer breiteren Konsolidierung der Auswirkungen des jeweiligen Reformprozesses besser dienen würde, ist durchaus angebracht. Falls der Vierjahres-Rhythmus beibehalten werden sollte, haben sich die involvierten Kreise in nicht allzu ent-

fernter Zeit bereits wiederum mit den weiteren agrarpolitischen Anpassungsschritten auseinanderzusetzen.

2.1.1. Flexibilisierung des Grenzschutzsystems für Brotgetreide und Mehl

Die vom Bundesrat im Rahmen der Agrarpolitik 2011 beschlossene Flexibilisierung des Grenzschutzsystems für Brotgetreide und Mehl ist per 1. Oktober 2008 in Kraft getreten. Die ersten Erfahrungen mit dem neuen System haben klar aufgezeigt, dass die mit der Flexibilisierung gewollte Korrelation der inländischen Getreidepreise mit der ausländischen Preisentwicklung nicht gewährleistet ist. Wiederholt hat der DSM beim Bundesamt für Landwirtschaft interveniert und darauf hingewiesen, dass mit der neuen Regelung zwei Systeme gekoppelt werden, die in wichtigen Punkten divergieren. So besteht im Bereich Brotgetreide ein doppelter Schutzmechanismus, bestehend aus dem Grenzschutz einerseits und dem zusätzlichen Korrekturmechanismus der mengenmässigen Importkontingentierung. Demgegenüber gilt beim Mehl ausschliesslich der Grenzschutz und eine mengenmässige Kontingentierung fehlt vollumfänglich. Mit anderen Worten heisst dies, dass die bestehende Regelung trotz Koppelung nur gerade auf maximal 10 – 15 % des insgesamt verarbeiteten Getreides anwendbar ist, da nur in diesem Umfang ausländisches Getreide importiert wird. Demgegenüber ist das neue Grenzschutzsystem im Bereich Mehl infolge Fehlens einer Importkontingentierung uneingeschränkt anwendbar.

Der DSM hat wiederholt in Treffen mit Vertretern des Bundesamtes für Landwirtschaft und Vertretern von Partnerorganisationen der Branche darauf hingewiesen, dass vor dem Hintergrund der Inkraftsetzung des neuen Grenzschutzsystems für den Bereich Mehl ohne Gewährleistung einer Korrelation zwischen den Rohstoffpreisentwicklungen im Inland und auf den internationalen Märkten eine substantielle Gefährdung wesentlicher Teile der schweizerischen Getreideverarbeitung und des schweizerischen Getreideanbaus besteht. In diesem Kontext hat der DSM zudem beim zuständigen Bundesamt für Landwirtschaft das Gesuch um Verschiebung der Inkraftsetzung des flexibilisierten Grenzschutzsystems für den Bereich Mehl vom ursprünglich vorgesehenen 1. Juli 2009 auf 1. Oktober 2009 eingereicht. Der DSM hat dabei geltend gemacht, dass durch die fehlende Korrelation zwischen den in- und ausländischen Preisentwicklungen beim Getreide die inländischen Mühlen gezwungen waren, den zur Verarbeitung notwendigen Rohstoff auf dem hohen inländischen Preisniveau einzukaufen. Entsprechend werden die Mühlen bis Oktober 2009 Getreide zu sehr hohen Preisen am Lager haben und verarbeiten, was die Kalkulation für die Monate Juli, August und September wesentlich beeinflusst. Mit einer Inkraftsetzung des neuen Grenzschutzsystems für Mehl per 1. Juli 2009 würde damit für die inländischen Getreideverarbeiter eine stark wettbewerbsverzerrende Situation geschaffen. Dies umso mehr, als der Import von Mehl als verarbeitetem Produkt im Gegensatz zum Import des Rohstoffes Getreide keiner mengenmässigen Beschränkung unterliegt. Die Vorsteherin des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes hat daraufhin das Gesuch um Verschiebung gutgeheissen. Damit erfolgt die Inkraftsetzung des flexibilisierten Grenzschutzsystems für den Bereich Mehl nicht wie

ursprünglich vorgesehen auf den 1. Juli 2009, sondern auf den 1. Oktober 2009. Das EVD hat nun entschieden, das neue Grenzschutzsystem nicht auf den 1. Oktober in Kraft zu setzen, sondern die Inkraftsetzung erneut zu verschieben. Weitere Informationen zu einem möglichen neuen Zeitpunkt der Inkraftsetzung liegen bis dato keine vor.

Die Probleme des geltenden Systems zeigen sich nicht zuletzt auch in der Tatsache, dass die freigegebenen Tranchen des Importkontingents Brotgetreide jeweils innert kurzer Zeit ausgeschöpft waren. Dies ist ein klarer Beweis dafür, dass das Preisgefüge zwischen inländischem und ausländischem Getreide nicht stimmt und entsprechend nebst dem Import von Spezialitäten auch die Einfuhr von konventionellem Weizen wirtschaftlich interessant ist. Vor diesem Hintergrund sind auch allfällige Probleme bei der inländischen Versorgung mit Biogetreide zu verstehen. Aufgrund der unzureichenden inländischen Produktion von Biogetreide sind die schweizerischen Verarbeiter auf die Einfuhr von Biogetreide angewiesen, um die inländische Versorgung sicherstellen zu können.

Abschliessend gilt es festzuhalten, dass das neue Grenzschutzsystem für Brotgetreide und Mehl den Beweis seiner Tauglichkeit zumindest für den Moment noch schuldig geblieben ist. Mit dem Inkrafttreten des flexibilisierten Grenzschutzsystems für Mehl sind die schweizerischen Getreideverarbeiter auf inländische Getreidepreise angewiesen, die mit den internationalen Getreidepreisentwicklungen korrelieren. Andernfalls sieht sich die schweizerische Mühlenwirtschaft in einer völlig wettbewerbsverzerrenden Situation, die die gesamte inländische Wertschöpfungskette Getreide nachhaltig schwächen wird. Falls es nicht gelingen sollte, auf dem inländischen Getreidemarkt über Preise zu verfügen, die sich parallel zu den internationalen Preisen entwickeln, wäre im Interesse des Erhalts wichtiger Marktanteile eine bedeutende mengenmässige Erhöhung bzw. die vollumfängliche Abschaffung der mengenmässigen Limitierung des Importkontingents für Brotgetreide unausweichlich.

2.1.2. Weitere Geschäfte

a. Vernehmlassungsverfahren betreffend Pflichtlagerfinanzierung

Vor dem Hintergrund der in Zukunft anstehenden Probleme im Zusammenhang mit der Finanzierung der Lager- und Kapitalkosten für die Pflichtlagerhaltung hat das Bundesamt für Landwirtschaft eine Branchenkonsultation zu möglichen Optionen der künftigen Pflichtlagerfinanzierung durchgeführt. Dabei standen die zwei Varianten „Erstinverkehrbringerabgabe“ und „Bundesfinanzierung“ im Vordergrund. Der DSM hat sich in seiner Stellungnahme gegen die zur Diskussion stehende Einführung einer Erstinverkehrsbringerabgabe ausgesprochen. Ein solches System würde eine zusätzliche Verteuerung der inländischen Verarbeitung von landwirtschaftlichen Rohstoffen wie insbesondere des Brotgetreides, mit sich bringen. Zudem wäre die Einführung einer solchen Erstinverkehrbringerabgabe mit einem hohen administrativen Aufwand verbunden. Als einzig wirklich valable Option ist die Finanzierung der Pflichtlagerkosten über das ordentliche Bundesbudget anzusehen. Gemäss Bundesge-

setz über die wirtschaftliche Landesversorgung ist die Sicherstellung der inländischen Versorgung mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen eine Bundesaufgabe. Entsprechend muss die Finanzierung dieser Aufgabe über das ordentliche Budget des Bundes als logische Konsequenz eingestuft werden.

b. Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse

Im vergangenen Verbandsjahr haben sich die eidgenössischen Räte im Rahmen der Revision des Bundesgesetzes über die technischen Handelshemmnisse (THG) für die einseitige Einführung des Cassis de Dijon Prinzips ausgesprochen. Damit soll der Grundsatz gelten, dass in der Schweiz auch solche Produkte in Verkehr gebracht werden können, die nach den Vorschriften der EU oder eines EU/EWR-Mitgliedstaates hergestellt und in einem solchen Land rechtmässig in Verkehr gebracht worden sind. Dem Anliegen der schweizerischen Nahrungsmittelindustrie nach Statuierung einer Sonderregelung wurde entsprochen. Die Inverkehrbringung von im Ausland hergestellten Lebensmitteln bedarf dabei einer Bewilligung durch das Bundesamt für Gesundheit. Erst sobald eine entsprechende Allgemeinverfügung vorliegt, besteht die Möglichkeit des Zugangs zum schweizerischen Markt. Gleichzeitig wird den inländischen Verarbeitungsbetrieben ermöglicht, nach diesen Vorgaben zu produzieren. Damit konnte eine Diskriminierung der inländischen Verarbeiter vermieden werden.

2.2. WTO

Im Sommer 2008 fand in Genf eine informelle Ministerkonferenz statt. Trotz bedeutender Fortschritte konnte kein effektiver Durchbruch erzielt werden. Zunächst sah es im Verlaufe der Verhandlungen danach aus, als ob ein Abschluss der Verhandlungen in Reichweite wäre. Jedoch hat insbesondere die Problematik der Sonderschutzmechanismen für Entwicklungsländer, die bei starker Zunahme des Importes einen erhöhten Grenzschutz zulassen, zu Verhandlungsproblemen geführt und war schliesslich ein Hauptgrund für das Scheitern der Verhandlungen anlässlich dieser Ministerkonferenz.

Seit der letzten Ministerkonferenz im Sommer 2008 haben Verhandlungen insbesondere auf der technischen Ebene sowie auf Stufe Verhandlungsführer stattgefunden. So konnten in technischen Bereichen denn auch gewisse Fortschritte verzeichnet werden. Die ursprünglich für Ende 2008 vorgesehene Ministerkonferenz konnte jedoch trotz dieser erzielten Fortschritte nicht durchgeführt werden. Die Unterschiede in den Verhandlungspositionen einiger Länder waren derart gross, dass ein Abschluss der Verhandlungen als unwahrscheinlich eingestuft werden musste und entsprechend auf die Einberufung einer Ministerkonferenz verzichtet worden ist. Die divergierenden Verhandlungspositionen einzelner Länder betrafen dabei insbesondere auch Fragen im Zusammenhang mit der Ausgestaltung eines allfälligen Schutzmechanismus für Entwicklungsländer.

Nach wie vor besteht der Wille, die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Dies wurde auch am G-20 Gipfel von London im April 2009 entsprechend signalisiert. Erklärtes Ziel der allermeisten WTO-Mitglieder bleibt nach wie vor, die Modalitäten bis Ende 2009 zu finalisieren und sodann die Runde im Verlaufe des nächsten Jahres abschliessen zu können. Zu beachten ist diesbezüglich jedoch der Umstand, dass die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise die Kompromissbereitschaft der einzelnen Länder mindert. Zudem führte der Wechsel der US-Administration anfangs 2009 sowie der Überprüfung ihrer WTO-Verhandlungspositionen zu einem gebremsten Verhandlungsrhythmus im Rahmen der WTO-Doha-Runde. Angesichts dieser Umstände ist eine Vorhersage im Bezug auf den möglichen Zeitpunkt eines erfolgreichen Abschlusses nicht machbar.

2.3. Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union im Agrar- und Lebensmittelbereich

2.3.1. Ausgangslage

Im Frühling 2008 hat der Bundesrat den Schlussbericht über die Ergebnisse der Explorationsgespräche mit der EU sowie die Resultate der zusätzlich durchgeführten Analysen verabschiedet und die Aufnahme von Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit der EU im Agrar- und Lebensmittelbereich sowie für ein Gesundheitsabkommen beschlossen. Dieses Verhandlungsmandat umfasst mit den Bereichen Marktzugang, Lebensmittelsicherheit, Produktesicherheit und öffentliche Gesundheit insgesamt vier Pfeiler. Mit diesem Vorgehen wird insbesondere der engen inhaltlichen Verknüpfung im Bereich der Lebensmittelsicherheit Rechnung getragen. Die Aufnahme der Verhandlungen war ursprünglich für den Herbst 2008 vorgesehen, verzögerte sich jedoch bis Ende 2008. Seit Aufnahme der Verhandlungen sind nunmehr mehrere Verhandlungsrunden zwischen der schweizerischen und der europäischen Delegation durchgeführt worden. Im Juni 2008 fand bereits die dritte Verhandlungsrunde statt, bei der es insbesondere um die Konsolidierung der Erkenntnisse aus dem Vergleich der Rechtslage zwischen Gemeinschaftsrecht und Schweizer Recht für die einzelnen Bereiche ging. In den ersten beiden Verhandlungsrunden standen Fragen zu nicht-tarifären Handelshemmnissen im Vordergrund. Diskussionen betreffend möglicher Modalitäten für einen Zollabbau wurden nun erstmals im Rahmen der dritten Runde geführt. Im Moment liegen weder konkrete Informationen zu den Inhalten der Verhandlungen, noch zu allfälligen möglichen Zwischenergebnissen vor. Es kann davon ausgegangen werden, dass der nun eingeschlagene Verhandlungsrhythmus beibehalten wird und entsprechend im Verlaufe des Herbsts 2009 eine weitere Verhandlungsrunde stattfinden wird.

2.3.2. Arbeitsgruppe Begleitmassnahmen

Parallel zum Entscheid über die Aufnahme von Verhandlungen mit der Europäischen Union hat der Bundesrat das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Eidg. Finanzdepartement unter Beizug einer Arbeitsgruppe konkrete Begleitmassnahmen und die diesbezüglich erforderlichen gesetzlichen Grundlagen auszuarbeiten. Auf der Grundlage dieses Auftrages hat das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der betroffenen Kreise eingesetzt und Herrn Manfred Bötsch, Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft mit der Leitung der Arbeitsgruppe betraut. Das Mandat der Arbeitsgruppe Begleitmassnahmen bestand in der Ausarbeitung konkreter Begleitmassnahmen mit Angaben zu Dauer, Zeitpunkt der Umsetzung sowie zu einer allfälligen Differenzierung der Begleitmassnahmen nach verschiedenen Akteuren. Demgegenüber war die Finanzierung der Massnahmen explizit nicht Bestandteil dieses Mandates. Wichtig ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, dass als übergeordnetes Ziel der Arbeitsgruppe vorgegeben wurde, die Rahmenbedingungen derart weiterzuentwickeln, dass die gesamte Wertschöpfungskette erfolgreich am Markt bestehen kann. Ein Jahr nach Einsetzung der Arbeitsgruppe Begleitmassnahmen wurde der Schlussbericht Ende Juni 2009 vorgelegt.

Der DSM hat sich von Beginn weg für eine gemeinsame Stossrichtung der Vertreter der ersten Verarbeitungsstufe eingesetzt. Nicht zuletzt dank dieser gemeinsamen Vorgehensweise und der damit einhergehenden Unterstützung durch die Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittelindustrien konnte erreicht werden, dass die wesentlichen Anliegen und Forderungen, insbesondere der ersten Verarbeitungsstufe, in den Schlussbericht Eingang gefunden haben. So haben sowohl Begleitmassnahmen in Bezug auf die Leistung von Investitionsbeihilfen, einmalige Kompensationen von Lagerentwertungen als auch Abschreibungshilfen Berücksichtigung gefunden. Der Schlussbericht der Arbeitsgruppe spricht dabei ausdrücklich von einer gleichwertigen finanziellen Unterstützung wie in der EU, insbesondere betreffend „a fonds perdu“ Finanzhilfen für die Unternehmen der ersten Verarbeitungsstufe.

Es ist zu beachten, dass noch im Rahmen des Abschlussberichtes vom Frühling 2008 zu den exploratorischen Gesprächen für die Verarbeitungsindustrie explizit keine Begleitmassnahmen vorgesehen worden sind. In der Zwischenzeit konnte durch Überzeugungsarbeit sowohl bei Vertretern der Landwirtschaft als auch Vertretern der Wirtschaftsverbände erreicht werden, dass die Notwendigkeit von Begleitmassnahmen für die erste Verarbeitungsstufe allgemein anerkannt wird. Diese Entwicklung ist auch daraus ersichtlich, dass sich – wie bereits erwähnt – die Arbeitsgruppe Begleitmassnahmen explizit für die Schaffung von Begleitmassnahmen zwecks Unterstützung der ersten Verarbeitungsstufe beim Übergang zu einem möglichen Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union ausgesprochen hat. Selbstverständlich gilt es, sich bewusst zu sein, dass dieser Bericht eine reine Zwischenetappe darstellt, und die künftige politische Diskussion und Entscheidungsfindung eng begleitet werden muss, damit die Anliegen der ersten Verarbeitungsstufe auch im politischen Entscheidungsprozess auf Anerkennung stossen werden. Nichts desto trotz ist es wichtig, dass im Gegensatz zu den ursprünglichen Überlegungen die verschiedenen Akteure

davon überzeugt werden konnten, dass bei der Einführung eines allfälligen Freihandelsabkommens mit der EU Begleitmassnahmen auch für die erste Verarbeitungsstufe eine zwingende Voraussetzung darstellen. Die Gewährleistung äquivalenter Standortbedingungen für die schweizerischen Verarbeitungsunternehmen ist unabdingbar für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten inländischen Wertschöpfungskette.

2.3.3. Vorlage zur Schaffung einer Bilanzreserve

Parallel zu den Arbeiten der Arbeitsgruppe Begleitmassnahmen hat der Bundesrat am 25. Februar 2009 die Botschaft „Bilanzreserve zur Finanzierung von Begleitmassnahmen im Zusammenhang mit internationalen Abkommen im Bereich der Landwirtschaft“ zuhanden des Parlaments verabschiedet. Die Vorlage besteht darin, während 8 bis 10 Jahren die Zolleinnahmen auf importierten Agrarprodukten der Kapitel 1 bis 24 des Zolltarifs im Rahmen einer Spezialfinanzierung gemäss Art. 53 Finanzhaushaltsgesetz einer Bilanzreserve zuzuführen. Bei Nettozolleinnahmen von rund CHF 400 Mio. pro Jahr ergäbe sich damit eine hochgerechnete Reserve zwischen CHF 3,1 und 3,8 Mia.. Das Ziel der Vorlage besteht darin, bereits vorgelagert eines allfälligen Inkrafttretens des Freihandelsabkommens mit der EU Mittel zur Finanzierung von Begleitmassnahmen sicherzustellen. In der Sommersession 2009 hat sich der Nationalrat mit 111 Ja zu 60 Nein und 13 Enthaltungen für ein Nichteintreten auf die Vorlage zur Schaffung einer Bilanzreserve ausgesprochen. Die Klarheit dieses Entscheides ist insbesondere auf eine unheilige Allianz zwischen der SVP und der SP zurückzuführen. Die linke Seite hat sich dabei auf den Standpunkt gesetzt, dass eine Reservierung von Mitteln nicht zweckmässig sei, solange die konkreten Begleitmassnahmen nicht definiert seien. Die SVP hat ihrerseits eine klar ablehnende Position zur übergeordneten Frage eines Freihandelsabkommens eingenommen.

Nach dem Nichteintretensentscheid des Nationalrates ging das Geschäft an den Ständerat. Als vorberatende Kommission entschied sich die WAK Ständerat für Eintreten auf die Vorlage und verabschiedete diese grossmehrheitlich im Rahmen der Schlussabstimmung. Der Ständerat hat dem Geschäft in der Herbstsession deutlich zugestimmt. Die Vorlage geht somit zur erneuten Beratung zurück an den Nationalrat.

B. WELTMARKT

1. Allgemein

Der International Grains Council geht in seinem Juli-Bericht von einer weltweiten Weizenernte 2009/2010 von insgesamt 654 Mio. t aus. Im neusten Bericht des International Grains Council vom Monat August wurde die erwartete Erntemenge um 8 Mio. t auf neu 662 Mio. t angehoben. Damit werden zwar die Rekordwerte der Vorjahresperiode (687 Mio. t 2008/2009) nicht erreicht, jedoch ist auch die aktuelle Weizenernte im Mehrjahresvergleich als mengenmässig sehr gut einzustufen. Verglichen mit den Erntemengen von 2005 bis 2008 liegt die Schätzung für die Ernte der laufenden Kampagne um durchschnittlich 50 Mio. t über den entsprechenden Vorjahreswerten. Insbesondere in der südlichen Hemisphäre, so etwa in Argentinien und Australien, ist jedoch aufgrund der sehr trockenen klimatischen Bedingungen und dem fehlenden Regen mit einer im Vergleich zum Vorjahr markant tieferen Weizenmenge für die diesjährige Ernte zu rechnen.

Trotz der im Vergleich zum Vorjahr geringeren Erntemenge geht der International Grains Council beim globalen Weizenverbrauch von einer erneuten Steigerung um 1 Mio. t gegenüber dem Vorjahr aus. Die aktuelle Schätzung bezüglich globalem Weizenverbrauch beläuft sich dabei auf insgesamt 642 Mio. t. Nachdem der Weizenverbrauch in der Kampagne 2008/2009 gegenüber den jeweiligen Vorjahreskampagnen um markante 27 bzw. 30 Mio. t angestiegen ist, fällt der diesjährige Anstieg um 1 Mio. t verhältnismässig moderat aus. Der weltweite Weizenbestand wird vom International Grains Council auf 183 Mio. t geschätzt. Damit liegt der weltweite Bestand erneut rund 20 Mio. t über demjenigen der Kampagne 2008/2009. Nachdem in den Kampagnen 2005 bis 2008 jeweils ein Rückgang der weltweiten Weizenbestände zu verzeichnen war, ist nun nach 2008/2009 in der laufenden Kampagne erneut mit einem markanten Anstieg der Bestände zu rechnen. Nach Schätzungen der Experten wird sich dies auch in den Weizenbeständen der fünf führenden Exporteure (USA, EU, Argentinien, Australien und Kanada) niederschlagen, indem deren Weizenbestände bei 46 Mio. t und damit 1 Mio. t über dem bereits hohen Wert der Vorjahreskampagne liegen werden. In den früheren Kampagnen 2005/2006, 2006/2007 sowie 2007/2008 vermochte die jeweilige Weizenernte den weltweiten Weizenverbrauch nicht zu decken. Dies hatte zur Folge, dass ein Teil der weltweiten Nachfrage nicht aus der aktuellen Ernte, sondern durch Rückgriff auf die Reserven gedeckt werden musste, was sich wiederum in einer Reduktion der weltweiten Weizenbestände niederschlug.

2. Europa

In ihrer jüngsten Schätzung geht die EU-Kommission von einer Getreideernte für die laufende Kampagne von insgesamt 293 Mio. t in den 27 EU-Ländern aus. Diese Schätzung deckt sich auch mit der Schätzung der Cocala (Verband des europäischen Getreidehandels).

Gegenüber den Ernteschätzungen vom Juni 2009 wurde damit eine weitere Anhebung um 7 Mio. t vorgenommen. Im Vorjahr wurden in der EU insgesamt 310 Mio. t Getreide produziert. Dementsprechend liegen die Schätzungen für die diesjährige Ernte zwar unter den rekordhohen Vorjahresergebnissen, stellen aber nach wie vor eine quantitativ sehr gute Ernte dar.

Im laufenden Wirtschaftsjahr wird die EU voraussichtlich nur knapp 23 Mio. t exportieren. Diese Exportmenge liegt rund 10 Mio. t tiefer als diejenige des Vorjahres. Die schlechteren Absatzmöglichkeiten werden insbesondere darauf zurückgeführt, dass die Hauptabnehmer der EU in Nordafrika sowie im nahen und mittleren Osten durch gute eigene Ernten eine bessere Versorgungslage und damit einen tieferen Importbedarf haben. Wenn der diesjährigen Erntemenge von 293 Mio. t die bestehenden Lagerbestände sowie Importe zugerechnet werden, stehen für die EU insgesamt 366 Mio. t Getreide zur Verfügung. Da von einem voraussichtlichen Verbrauch in der Größenordnung von 271 Mio. t und einem Export von 23 Mio. t ausgegangen werden kann, sollte am Ende des Wirtschaftsjahres ein Bestand von 72 Mio. t Getreide verbleiben, wovon 6,1 Mio. t in der Intervention.

Nachdem sich die letztjährige Ernte im Vergleich zu 2007/2008 durch eine wesentliche Steigerung der Produktion auszeichnete, liegt die Getreideernte 2009 in Deutschland bei rund 50 Mio. t und damit auf dem Niveau der Vorjahresternte. Laut den Schätzungen sollte sich dabei die Winterweizenernte auf rund 24,8 Mio. t belaufen, die Wintergerstenernte 7 % höher als im Vorjahr bei 10 Mio. t liegen und die Roggenernte bei 4,1 Mio. t zu stehen kommen. In praktisch allen Regionen Deutschlands war das Jahr 2009 geprägt durch eine sehr wechselhafte Witterung mit immer wiederkehrenden starken Niederschlägen bis weit in den Juli hinein. Durch diese meteorologischen Bedingungen konnten vor allem auf leichten Böden überraschend hohe Erträge erzielt werden. Entgegen den vielfach geäußerten Befürchtungen hat das feuchte Wetter zu keiner negativen Beeinflussung der Gesundheit der Bestände geführt. Dies zeigt sich sowohl durch einen durchwegs unauffälligen Fusarienbefall als auch durch sehr niedrige DON-Werte.

II. INTERNES

1. Tätigkeiten des Sekretariates

a) Arbeiten in den Kommissionen

Abnehmer:

Die Kommission Kontakte zu Abnehmern hat sich auch im vergangenen Verbandsjahr im Rahmen der Paritätischen Müller-Bäcker-Kommission zu zwei Sitzungen mit Vertretern des SBKV getroffen. Die gemeinsamen Sitzungen mit Vertretern der Bäckerschaft erlauben einen wertvollen Austausch und die Pflege der Partnerschaft.

Im Rahmen dieser Sitzungen wurden aktuelle Fragen zum Brotgetreide- und Mehlssektor behandelt. Im Vordergrund standen dabei im vergangenen Verbandsjahr die Einführung eines flexibilisierten Grenzschutzsystems für Brotgetreide und Mehl und die damit zusammenhängenden möglichen Auswirkungen auf den inländischen Getreide- und Mehlmarkt. Die Arbeiten im Zusammenhang mit den Labels Naturel und NaturaBeck konnten weiter vorangetrieben und der Zusammenschluss dieser zwei Labels zwischenzeitlich verwirklicht werden. Der offizielle Start des neuen Naturel-Gütesiegels erfolgte am 1. März 2009 und erlaubt dem Bäcker-Konditor-Gewerbe eine klare Positionierung durch das Einstehen für traditionelle handwerkliche Qualität, Slow Baking und natürliche Zutaten. Bereits zum Start des neuen Gütesiegels haben sich rund 100 Betriebe für eine aktive Beteiligung entschieden, und es ist davon auszugehen, dass die Anzahl dieser Betriebe noch weiter ansteigen wird. Das Gütesiegel Naturel stellt dabei klare Anforderungen an die Backzutaten und Backmittel. Die Fachschule Richemont erstellt eine laufend aktualisierte Positivliste der zu verwendenden Backzutaten/Backmitteln, welche den teilnehmenden Betrieben zur Verfügung steht. Unter anderem gilt die klare Vorschrift der ausschliesslichen Verwendung von IP-Suisse Mehl, soweit dieses auf dem Markt erhältlich ist.

Seitens des SBKV wurde zudem über den erfolgreichen Verlauf der FBK 2009 informiert. Trotz einem minimen Besucherrückgang gegenüber der Ausgabe 2007 kann von einer sehr erfolgreichen Messe gesprochen werden. Nicht zuletzt durch die Kombination mit der Durchführung von Wettkämpfen konnte die Ausstrahlung der Messe gesteigert werden.

Ein weiteres wichtiges Thema war die anstehende Änderung des Finanzierungssystems des SBKV. Das zur Diskussion stehende neue Finanzierungssystem sieht vor, dass sich der Verband einerseits über die Erhebung eines Sockelbeitrages sowie andererseits über einen Lohnsummenbeitrag für den Bereich Ausbildung finanziert. Als Konsequenz daraus würden im Rahmen des neuen Systems die Verbandsabgaben auf Mehl und Hefe wegfallen. Die mit dem neuen System beschafften Mittel werden dabei ausschliesslich zur Finanzierung der Aufgaben des schweizerischen Verbandes sowie der

Fachschule Richemont eingesetzt. Es würde keine Weiterleitung von Mitteln in die Regionalverbände erfolgen. Letztere haben jedoch die Möglichkeit, sich der Beitragserhebung für den SBKV und die Ausbildung anzuschliessen und nach dem gleichen System die zu ihrer Finanzierung erforderlichen Mittel zu beschaffen. Mit dem Wegfall der Abgaben auf Mehl und Hefe würde sich konsequenterweise auch der Aufgabenbereich der Paritätischen Müller-Bäcker-Kommission verändern. Sowohl die Vertreter des SBKV als auch die Vertreter des DSM haben aber darauf hingewiesen, dass unabhängig von der Einführung des neuen Finanzierungssystems der regelmässige Austausch und der Kontakt zwischen SBKV und DSM aufrechterhalten werden soll.

Der SBKV-Kongress fand am 15/16. Juni 2009 in Leukerbad statt. Der DSM war traditionsgemäss mit einer Delegation am Kongress vertreten. Die Mehrheit der Verbandsmitglieder des SBKV haben sich anlässlich des Kongresses für die Einführung des neuen Finanzierungssystems ausgesprochen. Die detaillierte Umsetzung hat aber zu einigen Fragen Anlass gegeben, was dazu geführt hat, dass diesbezügliche Entscheide auf den Kongress 2010 verschoben worden sind. Im Namen der Schweizer Müller hat der Präsident des DSM eine Grussbotschaft an die Vertreter des SBKV gerichtet und in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit der partnerschaftlichen Zusammenarbeit hervorgehoben.

Beschaffung:

Die Kommission Beschaffung vertritt die Interessen der schweizerischen Mühlenwirtschaft im Rahmen der Kommission „Markt – Qualität Getreide“ der swiss granum. Diese Kommission befasst sich einerseits mit wichtigen Fragen zu den Themenbereichen Lebensmittelsicherheit und Qualitätssicherung sowie andererseits mit der Festlegung von Richtpreisen. Anlässlich der ersten Sitzung für die Festlegung der Richtpreise vom 19. Mai 2009 konnte keine Einigung gefunden werden, da die Positionen der Produzentenvertreter und der Müller zu weit auseinander lagen. Man hat sich jedoch darauf geeinigt, die Diskussionen im Rahmen der betroffenen Organisationen weiterzuführen und am 28. Mai 2009 erneut in der Zusammensetzung der Kommission „Markt – Qualität Getreide“ über eine mögliche Festlegung von Richtpreisen zu diskutieren. Nach langen und intensiven Verhandlungen konnte sodann im Rahmen der zweiten Sitzung zur Richtpreisfestsetzung ein Kompromiss für die Klasse Top gefunden werden, und der entsprechende Richtpreis wurde bei CHF 51.--/100 kg festgelegt. Für die übrigen Klassen lagen die Positionen nach wie vor zu weit auseinander, was eine Kompromissfindung verunmöglicht hat. Es ist darauf hinzuweisen, dass dieser Preis ausschliesslich als „Ernterichtpreis“ gilt und entsprechend Gültigkeit hat bis Ende September 2009. In der Zwischenzeit konnten für die Zeit ab 1. Oktober 2009 Richtpreise festgelegt werden.

Behörden / Internationales:

Das vergangene Verbandsjahr war wiederum geprägt von mehreren wichtigen Themen mit direkter Auswirkung auf die künftigen politischen Rahmenbedingungen für die schweizerische Mühlenwirtschaft. Die Kommission Behörden/Internationales hat sich schwerem Gewicht mit dem Inkrafttreten der im Rahmen der Agrarpolitik 2011 vom Bundesrat beschlossenen Flexibilisierung des Grenzschutzsystems für Brotgetreide und Mehl befasst. Insbesondere die Einführung des neuen Grenzschutzsystems für den Bereich Mehl erfordert zwingend, dass die Parallellität zwischen in- und ausländischen Getreidepreisen gewährleistet ist, damit eine völlig wettbewerbsverzerrende Situation für die schweizerische Mühlenwirtschaft vermieden werden kann. Im internationalen Kontext waren die laufenden Verhandlungen zu einem möglichen Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich mit der EU sowie die Verhandlungen im Rahmen der WTO-Doha-Runde auch während des vergangenen Verbandsjahres wiederum von grosser Aktualität. Ausführliche Informationen zu den im Bereich Behörden und Internationales behandelten Themen finden sich auf den Seiten 5 bis 11 des vorliegenden Jahresberichtes.

Damit die Anliegen der schweizerischen Mühlenwirtschaft im politischen Meinungsbildungsprozess wirkungsvoll und mit der notwendigen breiten Abstützung vertreten werden können, pflegt die Kommission Behörden/Internationales eine enge Zusammenarbeit mit der Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien, deren Fachgremien sowie deren Parlamentariergruppe. Zudem nehmen Vertreter des DSM Einsitz in Fachkommissionen des Schweizerischen Gewerbeverbandes und pflegen eine enge Kooperation mit weiteren Organisationen.

Kalkulation und Statistik:

Während des vergangenen Verbandsjahres hat die Kommission Kalkulation und Statistik wiederum die Rohstoffpreisentwicklungen verfolgt und auf der Grundlage dieser Parameter Kalkulationen angestellt. Mit ihren Arbeiten leistet die Kommission Kalkulation und Statistik einen wichtigen Beitrag, und die Ergebnisse ihrer Kalkulationen dienen den Mitgliedern als Grundlageninformationen.

Ausbildung:

Auch während des vergangenen Jahres sah sich die Lehrlingsausbildung mit keinen wesentlichen Problemen konfrontiert. Sämtliche Partner haben in einer konstruktiven Art und Weise dazu beigetragen, dass die Lehrlingsausbildung auch während des vergangenen Verbandsjahres das hohe Niveau der letzten Jahre bestätigen konnte. Per 1. Januar 2012 wird die neue Berufsbildungsverordnung in Kraft treten. Vor diesem Hintergrund hat die Berufsbildungskommission mit den Arbeiten zur neuen Berufsbildungsverordnung begonnen. In einer ersten Phase gilt es nun, den Beruf Müller/in genau zu

analysieren, ein Tätigkeitsprofil sowie ein Berufsentwicklungsprofil zu formulieren. Anschliessend werden die Bildungsverordnung und der Bildungsplan erarbeitet.

Die Jahresversammlung der Berufsbildungskommission für Müller fand am 20. November 2008 in Basel statt.

b) Zusammenarbeit mit dem SBKV / SKCV

Als Dachverband der Schweizer Bäckermeister ist der SBKV ein wichtiger Partner der schweizerischen Müllerei. Wie bereits in den Vorjahren war auch das vergangene Verbandsjahr geprägt von einer sehr guten, partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen SBKV und DSM. Die im Rahmen des Müller-Bäcker-Abkommens durchgeführten Treffen stellen einen wichtigen Bestandteil dieser Partnerschaft dar und erlauben auch, einen Austausch zu gemeinsamen Anliegen zu führen und gegebenenfalls koordinierte Vorgehensweisen zu definieren.

c) Zusammenarbeit mit swiss granum

Als Branchenorganisation des Bereichs Getreide und Ölsaaten ist die swiss granum einerseits wichtiger Ansprechpartner für Anliegen des DSM und andererseits Plattform für einen konstruktiven Austausch und eine zielgerichtete Zusammenarbeit mit den anderen Partnern der Branche. Die Positionen der einzelnen Mitglieder der swiss granum können dabei durchaus divergierend sein. Trotzdem sind die Branchenpartner bestrebt, wenn immer möglich gemeinsame Positionen zu definieren, um die Interessen der Gesamtbranche geeint gegenüber Bund und weiteren öffentlichen und privaten Organisationen wirkungsvoll vertreten zu können. Vertreter des DSM arbeiten dabei sowohl im Vorstand als auch in zahlreichen Kommissionen und Arbeitsgruppen der swiss granum aktiv mit, um sich für die erfolgreiche Zukunft der Branche einzusetzen.

d) SBI

Die schweizerische Brotinformation hat sich auch im vergangenen Verbandsjahr erneut im Rahmen von diversen Kampagnen und einer breiten Informationspolitik zum Thema Brot für die aktive Positionierung von Brot in der Öffentlichkeit engagiert. Als Erfolg kann dabei das Projekt Pausenbrot bezeichnet werden. Auf der Homepage www.pausenbrot.ch sowie mittels verschiedener weiterer Informationsmittel, die insbesondere auch den schweizerischen Schulen zur Verfügung gestellt worden sind, machte die SBI informativ und spielerisch auf den hohen Stellenwert von Brot als ausgewogene Pausenverpflegung für Kinder und Jugendliche aufmerksam. In Zusammenarbeit mit dem SBKV und der Fachschule Richemont konnte zudem ein neues Rezept für Pau-

senbrot entwickelt werden, das den Anforderungen einer gesunden Pausenverpflegung gerecht wird.

e) KSGGV

Vielfältige Fragen zur Arbeitsplatzsicherheit in den einzelnen Betrieben und Arbeitsstätten wurden auch während des vergangenen Verbandsjahres durch die Kommission für Sicherheit und Gesundheitsschutz im Getreidehandel und der Getreideverarbeitung (KSGGV) behandelt. Im letzten Jahr wurden erneut Wiederholungskurse zum Thema ATEX in drei Betrieben von Mitgliedern durchgeführt. Die Kurse geben den Teilnehmenden jeweils die Möglichkeit, sich einen Überblick über einen praxisnahen Einstieg in die Aufarbeitung des Explosionsschutzes zu verschaffen. Insgesamt nahmen 92 Personen aus 66 Firmen an den drei Kurstagen teil. Im Jahre 2008 konnte die Überarbeitung der elektronischen Version des Handbuches abgeschlossen werden. Im weiteren sollte Ende 2009 die erste Auditierung der Mitglieder abgeschlossen sein, damit anschließend das gesamte Auditkonzept überdacht und neu aufgesetzt werden kann.

f) *réserveuisse*

Die Frage der nachhaltigen Finanzierung der Getreidepflichtlager hat auch im vergangenen Verbandsjahr die Organe der *réserveuisse* beschäftigt. Man hat sich entschieden, zwischen einer kurzfristigen und langfristigen Betrachtungsweise zu unterscheiden. Auf der kurzfristigen Zeitachse wurde zur Deckung der Lager- und Kapitalkosten auf den Pflichtlagern als Ergänzung zur bestehenden Erhebung von Garantiefondsbeiträgen auf importiertem Getreide und Futtermitteln eine Aufwertung der Pflichtlager in mehreren Etappen vorgesehen. Auf der langfristigen Zeitachse wurden insgesamt vier Lösungsvarianten geprüft (Erstinverkehrbringerabgabe; Mehrwerterhebung; Zweckbindung eines Teils der Mehrwertsteuer; vollständige Finanzierung über das ordentliche Bundesbudget). In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass sich alle angehörten Kreise für eine Finanzierung über das Bundesbudget ausgesprochen haben. Nur mit dieser Variante kann gewährleistet werden, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden können.

Anlässlich der Generalversammlung der *réserveuisse* vom Juni 2009 wurde Herr Josef Achermann als neuer Präsident der *réserveuisse* gewählt. Der DSM gratuliert Herrn Achermann zu seiner Wahl und wünscht ihm viel Erfolg in seiner neuen Funktion.

g) GAM / AIM

Die Zusammenarbeit mit dem Groupement des Associations Meunières de l'UE (GAM) wurde auch im vergangenen Verbandsjahr gepflegt. Dadurch ist es dem DSM möglich, laufend über die neusten Entwicklungen im Getreide- und Müllereibereich auf europäischer Ebene informiert zu sein.

Der nächste Kongress des europäischen Müllerverbandes wird vom 10. bis 12. Juni 2010 in Bled (Slovenien) stattfinden.

2. Mitgliederbestand

In der Zeit vom 1. Juli 2008 bis zum 30. Juni 2009 hat der DSM ein neues Mitglied erhalten. Ebenfalls gab es in dieser Zeit zwei Firmenzusammenschlüsse.

Gemessen an der in der Schweiz verarbeiteten Getreidemenge von 4'704'485 dt im Getreidejahr 2008/2009 vertreten die dem DSM angeschlossenen Mühlen mit einer Gesamtvermahlung von 4'650'093 dt einen Marktanteil von 98.84 % (Vorjahr 96,26 %).

Bestand am 1.7.2008	8 Regional- und weitere Verbände mit insgesamt 58 Mühlenunternehmen sowie 3 Einzelmitglieder
Bestand am 30.6.2009	8 Regional- und weitere Verbände mit insgesamt 57 Mühlenunternehmen sowie 3 Einzelmitglieder

3. Mitgliederbeitrag

Der Minimalbeitrag beträgt weiterhin Fr. 330.--, der pro Unternehmen geltende Maximalbeitrag Fr. 33'000.-- pro Jahr. Die unverändert belassene degressive Staffelung stützt sich weiterhin auf die verarbeitete Getreidemenge eines Mühlenunternehmens ab.

4. Delegiertenversammlung

An der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 16. Oktober 2008 im Stockalperschloss in Brig waren Vertreter aller acht Mitgliederverbände anwesend. Insgesamt anwesend waren 38 Personen als Vertreter von 28 Mühlenunternehmen. Daneben nahmen verschiedene Gäste an der Delegiertenversammlung teil.

Der diesjährige Müllertag beschäftigte sich mit dem Thema „Freihandelsabkommen im Agrar- und Lebensmittelbereich mit der Europäischen Union“. Die Anwesenden konnten dabei den interessanten Ausführungen von Herrn Hans Burger, ehemaliger Direktor des Bundesamtes für Landwirtschaft und Präsident der IGAS, zuhören.

5. Vorstand

(gewählt bis DV 2012)

- Präsident: Guy Emmenegger, Bern
- Vize-Präsident: Marc Müller, Goldach / Granges-Marnand (Groupe Minoteries)
- Mitglieder: Josef Achermann, Zürich (Swissmill) (bis 2009)
Jürg Beck, Utzenstorf (MGB)
Werner Bosshardt, Hittnau (MV) (bis 2009)
Diego Della Cà, Weinfelden (Meyerhans Hotz AG)
Thomas Häusermann, Seengen (VMH)
André Chevalier, Cossonay-Ville (URM)
Pascal Favre, Cossonay-Gare (SMSR)
Willi M. Grüninger, Flums (MGRG)
- Stellvertreter: Bernhard Augsburgger, Naters (SMSR)
Hermann Dür, Burgdorf (MGB)
Raimund Eigenmann, Zürich (Swissmill)
Heinz Knecht, Leibstadt (VMH)
Marc Lüthi, Schöftland (VHN) (bis 2009)
Daniel Stern, Romont (URM)
David Stricker, Grabs (MGRG)

Im Verbandsjahr 2008/2009 (1. Juli 2008 bis 30. Juni 2009) fanden insgesamt eine Delegiertenversammlung, vier ordentliche Vorstandssitzungen sowie diverse Kommissionssitzungen und Besprechungen von Delegationen statt.

6. Revisorat

(gewählt bis DV 2012)

- Revisoren: Jürg Augsburgger, Hinterkappelen
Daniel Erismann, Villmergen
- Ersatzmann: Bernhard Augsburgger, Naters

7. Sekretariat

- Geschäftsführer: Dr. Oliver Schnyder, Fürsprecher, Bern
- Adresse: Dachverband Schweizerischer Müller DSM
Thunstrasse 82, Postfach 1009, 3000 Bern 6
Tel.: 031 / 351 38 82 Fax: 031 / 351 00 65
e-Mail: info@thunstrasse82.ch
Homepage: www.dsm-fms.ch

8. Interne Kommissionen per 30. Juni 2009

- a) *Kontakte zu Abnehmern:* Guy Emmenegger, Bern (Vorsitzender)
Bernhard Augsburg, Naters
Jürg Beck, Utzenstorf
Willi M. Grüninger, Flums
Guido Müller, Weinfelden
Marcel Wächter, Schöftland
Oliver Schnyder, Bern
- b) *Beschaffung:* Diego Della Cà, Weinfelden (Vorsitzender)
Josef Achermann, Zürich
Heinz Aeschlimann, Lotzwil
André Betschart, Granges-Marnand
André Chevalier, Cossonay-Ville
Pascal Favre, Cossonay-Gare
Heinz Knecht, Leibstadt
- c) *Behörden / Internationales:* Oliver Schnyder, Bern (Vorsitzender)
Josef Achermann, Zürich
Marc Müller, Goldach
- d) *Kalkulation und Statistik:* Werner Bosshardt, Weinfelden (Vorsitzender)
Hermann Dür, Burgdorf
Daniel Erismann, Villmergen
Christian Frossard, Zürich
Bendicht Brand, Ostermundigen
Walter Hotz, Weinfelden
André Betschart, Granges-Marnand
- e) *Ausbildung:* Jürg Beck, Utzenstorf (Vorsitzender)
Pascal Favre, Cossonay-Gare
Albert Lehmann, Birmenstorf

9. Vertreter des DSM in Kommissionen des Bundes, in privat- und öffentlich-rechtlichen Organisationen und anderen Organen
(in alphabetischer Reihenfolge)

- a) *AIM/GAM, technical committee*
(Vertreter DSM vom Vorstand DSM bestimmt)
Josef Achermann, Zürich (bis 2009)

- b) *FIAL*
(Vertreter DSM vom Vorstand DSM vorgeschlagen)
Marc Müller, Granges-Marnand
- c) *Kommission für Sicherheit und Gesundheitsschutz, KSGGV*
(Vertreter DSM vom Vorstand DSM vorgeschlagen)
Raimund Eigenmann, Zürich
Daniel Erismann, Villmergen
Paul Meylan, Ostermundigen
Oliver Schnyder, Bern (ohne Stimmrecht)
- d) *Paritätische Müller-Bäcker-Kommission:*
(Vertreter DSM vom Vorstand DSM bestimmt)
Bernhard Augsburg, Naters
Jürg Beck, Utzenstorf
Werner Bosshardt, Weinfelden
Guy Emmenegger, Bern
Willi M. Grüniger, Flums
Marcel Wächter, Schöffland
Oliver Schnyder (nicht stimmberechtigt)
- e) *Prüfungskommission der Schweizerischen Müllereifachschule St. Gallen:*
(Vertreter DSM vom Vorstand DSM bestimmt)
Hermann Dür, Burgdorf
Jürg Reinhard, Bolligen
- f) *réserve suisse:*
- Vorstand (Vorstand DSM schlägt Vertreter des DSM vor):
Guy Emmenegger, Bern
 - Fachkommission (Vertreter DSM vom Vorstand DSM bestimmt):
Josef Achermann, Zürich (DSM / Swissmill) (bis 2009)
André Betschart, Granges-Marnand (DSM)
Willi M. Grüniger, Flums (DSM)
Pascal Favre, Cossonay-Gare
- g) *swiss granum Vorstand:*
Guy Emmenegger, Vize-Präsident

- h) *swiss granum Kommission Qualität / Markt:***
(Vertreter DSM vom Vorstand in Absprache mit der Kommission Beschaffung bestimmt)
- Josef Achermann, Zürich (bis 2009)
Diego Della Cà, Weinfelden
Marc Müller, Granges-Marnand
Willi M. Grüninger, Flums
Oliver Schnyder, Bern
- i) *Schweizerische Berufsbildungskommission für Müller und Futtermüller (BBK):***
(Vertreter DSM vom Vorstand DSM, auf Vorschlag der Kommission Ausbildung bestimmt)
- Jürg Beck, Utzenstorf
André Chevalier, Cossonay-Ville
Roland Dürring, Biglen
Oliver Piot, Granges-Marnand
Emmanuel Torche, Zürich
- j) *Schweizerische Brotinformation (SBI):***
(Vorstand DSM schlägt die Vertreter des DSM vor)
- Bernhard Augsburg, Naters (Vorstandsmitglied)
Guy Emmenegger, Bern (Präsident DSM) (bis 2009)
- k) *Schweizerische Gewerbe- und Handelskammer (SGV):***
(Vorstand DSM schlägt Vertreter des DSM vor)
- Jürg Beck, Utzenstorf
- l) *Techn. Kommission "Sortenliste":***
(Vertreter DSM von der Kommission Beschaffung bestimmt)
- Pascal Favre, Cossonay-Gare
Martin Rychener, Zürich
- m) *Verein "ICC-Schweiz":***
(Delegation DSM wird vom Vorstand DSM ad hoc bestimmt)

10. Mitgliedschaft des DSM bei anderen Organisationen:

Der DSM ist Mitglied oder unterstützt folgende Organisationen:

- Association Internationale de Meunerie (AIM) / Groupement des Associations Meunières des Pays de l'U.E. (GAM)
- Commission romande d'apprentissage en meunerie, Cossonay-Gare
- economiesuisse, Zürich
- Fédération des Industries Alimentaires Suisses (FIAL)
- Institut für Pflanzenbau ETH, Zürich
- Internationale Gesellschaft für Getreidewissenschaft und -technologie, Verein "ICC Schweiz", Bern
- Kommission für Sicherheit und Gesundheitsschutz (KSGGV)
- Schweizerische Berufsbildungskommission für Müller und Futtermüller, Niederuzwil
- Schweizerische Branchenorganisation für Getreide und Ölsaaten (swiss granum)
- Schweizerische Brotinformation, Bern (SBI)
- Schweizerische Gesellschaft für Ernährungsforschung, Zürich (SGE)
- Schweizerischer Gewerbeverband, Bern (SGV)
- Schweizerisches Institut für Unternehmerschulung im Gewerbe, Bern (SIU)

11. Mitgliederverzeichnis des Dachverbandes Schweizerischer Müller per 30. Juni 2009

Regionalverbände und Gruppierungen:

Mühlengenossenschaft Bern (MGB), Postfach 7320, 3001 Bern

Präsident: Jürg Beck, Mühle Landshut, 3427 Utzenstorf

Sekretärin: Frau Elvira Stoll, Postfach 7320, 3001 Bern

Mühlenvereinigung (MV), c/o Werner Bosshardt, Mühle Balchenstahl AG, 8335 Hittnau

Präsident und

Sekretariat: Werner Bosshardt, Mühle Balchenstahl AG, 8335 Hittnau

Müllerverband Glarus-Rheintal-Graubünden (MGRG), Postfach 728, 8750 Glarus

Präsident und

Sekretariat: Willi M. Grüniger, Mühlen, 8890 Flums

Société des Meuniers de la Suisse romande (SMSR), c/o Pascal Favre, Provimi Kliba SA, 1305 Cossonay-Gare

Präsident: Pascal Favre, Provimi Kliba SA, 1305 Cossonay-Gare

Sekretär: Jacques Yerly, Groupe Minoteries SA, 1523 Granges-Marnand

Union romande de moulins (URM), case postale 1474, 1001 Lausanne

Präsident: Daniel Stern, Moulin agricole de Romont SA, 1680 Romont

Verband der Handelsmühlen der Nordwestschweiz (VHN), Marc Lüthi, c/o Internill AG, Postfach, 4415 Lausen

Präsident und

Sekretariat: Marc Lüthi, c/o Internill AG, Postfach, 4415 Lausen

Verband mittelständischer Handelsmüller der Schweiz (VMH), c/o T. + M. Häusermann, Mühle Seengen, Oberdorfstrasse 33, 5707 Seengen

Präsident: Thomas Häusermann, Mühle, Oberdorfstrasse 33, 5707 Seengen

Sekretär: Albert Lehmann, Alb. Lehmann Lindmühle AG, 5413 Birmenstorf

Swissmill

Josef Achermann, Direktor Swissmill, Sihlquai 306, Postfach, 8037 Zürich

Einzelmitglieder:

Landw. Genossenschaftsverband Schaffhausen (GVS), Postfach, 8207 Schaffhausen

Moulin & Société d'agriculture d'Yverdon-les-Bains, Yverdon-les-Bains

Schweiz. Schälmmühle E. Zwicky AG, Müllheim-Wigoltingen